



Erklärung der SPD Neukölln Gute Bildung in Neukölln sichern

BESCHLOSSEN AUF DEM
KREISPARTEITAG DER SPD NEUKÖLLN
AM 19. SEPTEMBER 2015



Bildung in der wachsenden Stadt Neukölln ist ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung unseres Bezirks. Die wichtigste Antwort auf die sozialen Herausforderungen in einem Stadtraum, in dem Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenleben, heißt Bildung. In Neukölln startete bereits in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts die Reformschulbewegung, auf das Engste verbunden mit den Sozialdemokraten Kurt Löwenstein und Fritz Karsen. Noch heute ist die Neuköllner SPD dieser guten Tradition verbunden.

Die SPD Neukölln stand und steht für gute bildungspolitische Rahmenbedingungen, die ermöglichen, dass jedes Kind die Chance für den sozialen Aufstieg und ein selbstbestimmtes Leben erhält - unabhängig davon, in welcher Familie es aufwächst.

PRÄAMBEL

Neukölln ist ein Berliner Bezirk, der wie kaum ein anderer von sozialen Härten und Problemlagen betroffen ist.

Über die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler sind von der Zuzahlung zu den Lernmitteln befreit, im Neuköllner Norden sind es sogar über 80, teils über 90 % - der Anteil der Kinder nichtdeutscher Herkunft liegt ähnlich hoch. Viele Eltern können ihre Kinder nicht ausreichend im schulischen Alltag unterstützen.

Das Bemühen um die Zukunft der Kinder und Jugendlichen ist getragen von der Zielsetzung, Bildungsferne und Perspektivlosigkeit zu überwinden und Bildungserfolg von sozialer Herkunft abzukoppeln. Es ist offensichtlich, dass dafür ein größerer Einsatz von Ressourcen notwendig ist, da die Schule häufig mehr leisten muss, als in gut bürgerlichen Kontexten.

Deshalb streitet die SPD Neukölln seit Jahren für den Ausbau des gebundenen Ganztagsbetriebs, die Schaffung von Elterncafés, Lernwerkstätten und Schulstationen, die Ausweitung der Sprachförderung in Kitas, Willkommensklassen und Ferienschulen für Kinder ohne Deutschkenntnisse und für abgesenkte Klassenfrequenzen in Schulen im sozialen Brennpunkt. Die SPD Neukölln steht aber auch für ein konsequentes Vorgehen gegen Schuldistanz und zu Wachsenschutz an Schulen, wo es nötig ist.

Wir wollen die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher senken und dahingehende neue Konzepte stärken.

Trotz des engen finanziellen Handlungsspielraums des Bezirks haben wir den Schwerpunkt unseres politischen Handelns in den vergangenen Jahren immer auf die Bildungspolitik gelegt und werden hier auch weiterhin investieren.

Die SPD Neukölln steht für die Unterstützung von Bildungsverbänden, um Übergänge besser zu gestalten und durch eine übergreifende Zusammenarbeit der Bildungsakteure im Bezirk mehr zu erreichen. Deshalb unterstützen wir Investitionen in den Campus Rütli in Nord-Neukölln und in den Campus Efeuweg in der Gropiusstadt. Dabei geht es immer um Chancengleichheit, die Überwindung von Bildungsferne und die gerechte Teilhabe an der Gesellschaft für alle Kinder und Jugendlichen unseres Bezirks.

1. AUF FRÜHKINDLICHE BILDUNG SETZEN

Bildung beginnt schon weit vor der Schulzeit. Aus Sicht der SPD Neukölln ist der Kindergarten die erste und ganz wesentliche Bildungseinrichtung für die frühkindliche Bildung, die sprachliche, motorische und soziale Kompetenzentwicklung. Angesichts der im sozialen Brennpunkt oft mangelhaften oder kaum stattfindenden frühkindlichen und vorschulischen Förderung ist der regelmäßige Besuch des Kindergartens von großer Bedeutung.

Je länger ein Kind die Kita besucht, desto besser ist das für seine Entwicklung. Die frühkindliche Bildung ist eine wesentliche Grundlage, um das Abhängigkeitsverhältnis zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg der Kinder zu durchbrechen. Deshalb hält die Neuköllner SPD an ihrer jahrelangen **Forderung nach einer Kitapflicht für alle Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr** fest. Eine allgemeingültige Kitapflicht ist für uns aus sozialer, familien-, bildungs-, migrations- und gleichstellungspolitischer sowie feministischer und behindertenpolitischer Sicht sinnvoll und notwendig.

Um dieses Ziel zu realisieren, muss weiterhin der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz gewährleistet sein. Wir befürworten daher den **weiteren, flächendeckenden Ausbau der Kitaplätze**. Neben dem quantitativen Ausbau ist uns besonders die qualitative Verbesserung der Kitas wichtig – beides muss ausreichend finanziert sein. Hierfür steht das Land Berlin in der Pflicht.

Wir brauchen vor allem in sozialen Brennpunkten mehr wohnortnahe Kitaplätze und unterstützen den Senat bei der **Umsetzung des angekündigten Kita-Brennpunktprogramms**. Die frühkindliche Bildung ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung eines Kindes. Die Neuköllner SPD fordert deshalb insbesondere **im Ü3-Bereich weitere Kitaplätze**.

Jedes sechste Kind in Berlin und jedes vierte Kind in Neukölln hat keine ausreichenden Sprachkenntnisse kurz vor der Einschulung. Wir wollen die **Sprachkompetenz frühzeitig feststellen und fördern**, damit alle Kinder einen altersgemäßen Sprachstand in der deutschen Sprache erreichen und sich die Bildungschancen aller erhöhen.

Wir begrüßen daher das auch auf unsere Initiative hin durchgesetzte **Vorziehen des verpflichtenden Sprachtests auf das vierte Lebensjahr**, die **Ausweitung der verpflichtenden Sprachförderung** in Kitas für Kinder mit festgestellten Sprachdefiziten auf eineinhalb Jahre und fünf Stunden täglich und die Einführung eines Bußgeldes, falls diese Kinder am Test nicht teilnehmen oder als Nicht-Kita-Kinder der Sprachförderung fernbleiben.

Wir **fordern die weitere Verbesserung der Sprachförderung** durch eine weitere Erhöhung der Stundenzahl der verpflichtenden alltagsintegrierten Sprachförderung in den Kitas und die Evaluierung ihrer Qualität.

Das Land Berlin hat die Qualität in den Kitas bereits in den vergangenen Jahren durch einen abgesenkten Betreuungsschlüssel im Ü3-Bereich verbessert. Wir fordern die **schrittweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Krippen** (unter 3-jährige) auf den Bundesdurchschnitt.

Die Neuköllner SPD unterstützt die Berliner SPD in ihrem Vorhaben, die **Kita-Beiträge auch im U3-Bereich schrittweise abzuschaffen**, um für Eltern weitere Anreize zu schaffen, ihre Kinder in die Krippe zu geben und vor allem Familien mit durchschnittlichen Einkommen finanziell zu entlasten.

Wir stehen für die **kostenlose Bildung von Anfang an** und setzen uns für deren Finanzierbarkeit ein.

Wir setzen uns für eine **angemessene Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern** ein, die ihrer gewachsenen Verantwortung für die Entwicklung der Kinder Rechnung trägt. Darüber hinaus fordern wir eine Brennpunkt-Zulage, um Erzieherinnen und Erziehern einen Anreiz zu geben, sich gezielt in und für Kitas in sozialen Brennpunkten einsetzen zu lassen.

Die Neuköllner SPD setzt sich auch für die Sicherung einer qualitativ hochwertigen pädagogischen Arbeit in Integrations-Kitas mit ausreichendem und gut qualifiziertem Fachpersonal ein.

Wir stellen uns **klar gegen das Betreuungsgeld** und begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dieses in unseren Augen rückständige Gesetz zu kippen. Die sogenannte Herdprämie ist unsozial, kontraproduktiv und absolut nicht zeitgemäß.

Wir sind davon überzeugt, dass Kinder früh gemeinsam betreut und gefördert werden sollten. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

Alle Kinder sollen das Anrecht auf einen Kitaplatz haben – damit sind im Besonderen auch geflüchtete Kinder gemeint. Wir setzen uns verstärkt dafür ein, dass das Land Berlin **Kontingente in regulären Kitas schafft, damit auch diese Kinder tatsächlich betreut werden können**. Geflüchtete Kinder brauchen häufig aufgrund ihrer tragischen Lebens- und Leidenserfahrungen einen besonders sensiblen und pädagogischen Umgang von Seiten der Erzieherinnen und Erziehern. Wir möchten auf Landesebene ein **Fortbildungsprogramm für Erziehe-**

rinnen und Erzieher anregen, das bei Bedarf pädagogische Fachkräfte auf die spezielle Lebenssituation und Bedürfnisse von bei uns lebenden geflüchteten Kindern zielgerichtet vorbereitet und kompetent schult.

Immer mehr Familien stellen ihre Kinder von der bundesweit einmalig frühen Einschulung zurück. Im letzten Jahr gab es mit 5.300 Rückstellungen in Berlin einen Rekord, unter ihnen jeder 10. Erstklässler in Neukölln. Wir begrüßen daher, dass der Senat die **Früheinschulung in Berlin** auch auf unser Drängen hin **zum Schuljahr 2017/18 abschafft**.

2. AUF INSTITUTIONELLE FÖRDERUNG SETZEN – GANZTAGSSCHULEN STÄRKEN

Berlin hat unter Führung der SPD als erstes Bundesland auf unsere Initiative hin die Hauptschule abgeschafft und mit den Integrierten Sekundarschulen (ISS) und den Gymnasien ein zweigliedriges Schulsystem geschaffen. Jede Schülerin und jeder Schüler hat so die Möglichkeit, das Abitur zu machen. Die verbindliche Halbtagsgrundschule wurde eingeführt und eine flächendeckende Ganztagsversorgung etabliert. Gemeinschaftsschulen ergänzen dieses Angebot.

Der Ganztagsschulbetrieb leistet in unseren Augen einen wichtigen Beitrag zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** und zur **besseren schulischen und sozialen Förderung** von Kindern und Jugendlichen. Durch den Ganztagsbetrieb entwickeln sich die Berliner Schulen durch eine sinnvolle Verknüpfung von Bildung, gemeinsamem Lernen und einem reichhaltigen Freizeit- und Nachmittagsangebot zu Lern-, Erfahrungs- und Lebensorten für Schülerinnen und Schüler.

Der Ganztagsschulbetrieb schafft Raum und Zeit für ganzheitliche und soziale Lernerfahrungen und verbessert die Möglichkeiten der Schule, Schülerinnen und Schüler individuell besser zu fördern. Damit werden soziale Ungleichheiten gemindert und mehr Chancengleichheit und höhere Bildungschancen für alle geschaffen – was besonders in Neukölln für uns von sehr hoher Bedeutung ist.

In den letzten Jahren wurde das **Angebot des gebundenen Ganztagsbetriebs im Bezirk Neukölln sukzessive und stetig ausgebaut**. Dafür wurden zusätzliche Flächen, zusätzliche Ausstattungen und erhöhte Mittel für die Bewirtschaftung der Schulräume zur Verfügung gestellt.

Ein Drittel der Grundschulplätze in Neukölln werden bereits im gebundenen Ganzttag angeboten. Das ist berlinweit nach Charlottenburg-Wilmersdorf der zweithöchste Wert. Seit 2010/2011 wird der Schulbetrieb an allen Sekundarschulen in Neukölln ganztags angeboten - in gebundener oder teilgebundener Form.

Darüber hinaus arbeitet das Albert-Schweitzer-Gymnasium seit dem Schuljahr 2006 / 2007 als einziges Gymnasium des Bezirks im gebundenen Ganzttag und ist zum Vorzeigebispiel weit über die Grenzen des Bezirks hinaus geworden.

Schule ist heute nicht nur ein Ort, an dem Wissen und Werte vermittelt werden, sondern ein elementarer Lern- und Erfahrungsort für Kinder, an dem sie einen erheblichen Teil ihrer Freizeit verbringen. Insbesondere durch den Ausbau des Ganztagsbetriebs mit Bildungs- und Betreuungsangeboten in den Nachmittag hinein wurde diese Entwicklung vorangebracht.

Die Neuköllner SPD fordert den **weiteren Ausbau gebundener Ganzttagsschulen als Motor der Integration und Inklusion.** Sie sind das richtige Fundament, um die Kinder und Jugendlichen besser individuell fördern zu können. Vor allem für die Sprachförderung **und die Förderung der motorischen und sozialen Entwicklung** ist der gebundene Ganztagsbetrieb eine wichtige Grundlage. Für die Schaffung eines reichhaltigen und verbindlichen Freizeit- und Nachmittagsangebots sollen Schulen dabei unterstützt werden, verstärkt mit Kitas, Vereinen, Sportvereinen, Jugendzentren, Bildungsträgern u.a. zusammen zu arbeiten. Wir treten für den Erhalt und Ausbau dieses Angebots ein. Dabei müssen die Angebote in ihrer Passung für Zielgruppen einem Aktualisierungsprozess unterliegen und auch für neue Zielgruppen Angebote entwickelt werden.

Damit sich Schulen zu vielfältigen Lernorten weiterentwickeln können, ist die Öffnung und **systematische Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule** entscheidend. Erziehungs- und Bildungsarbeit findet auch in den Jugendeinrichtungen des Bezirks und der freien Träger statt. Außerschulische Träger der Jugendhilfe, wie Vereine, Jugendzentren, Jugendverbände und Bildungsträger können entscheidend sein, für soziales Lernen bei Kindern und Jugendlichen. Wir fordern daher, dass die systematische Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe durch Programme von der zuständigen Senatsverwaltung unterstützt wird. Schulen und Jugendhilfeträger müssen sich auf gleicher Augenhöhe begegnen können. Daher sind insbesondere auch freie Träger der Jugendhilfe, die weitgehend auf ehrenamtlicher Basis funktionieren und die Entwicklung von ehrenamtlichem Engagement bei Kindern und Jugendlichen fördern, zu unterstützen.

Daneben müssen Eltern auch in ihrer Fähigkeit bestärkt werden, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen. Dabei sind auch Wege zu finden, wie Elternvereine gefördert werden können, die insbesondere auch Eltern aus anderen Kulturkreisen, deutlich machen können, dass Bildung in Deutschland der entscheidende Sozialisations- und Erfolgsfaktor für den weiteren Lebensweg ihres Kindes ist. Schulen müssen auch darin gestärkt werden, **Eltern mehr in die Pflicht nehmen zu können**, auch wenn es um die **Durchsetzung des regelmäßigen Schulbesuchs** ihrer Kinder geht.

Wir begrüßen, dass die Schulpflicht in Berlin auf Initiative der Neuköllner SPD schneller und konsequenter durchgesetzt wird. Wer schwänzt, verpasst leicht den Anschluss und droht als Schulabbrecher oder Schulabbrecherin zu enden. Nur die kontinuierliche Teilnahme am Unterricht schafft die Voraussetzung, einen Schulabschluss zu erreichen.

3. GEMEINSCHAFTSSCHULEN STÄRKEN UND BILDUNGSLANDSCHAFTEN ENTWICKELN

Die Gemeinschaftsschule als Pilotprojekt wurde im Schuljahr 2008/2009 im Land Berlin eingeführt und ist eine besondere Form der Integrierten Sekundarschule. In der Gemeinschaftsschule ist das **längere gemeinsame und individuelle Lernen** von Klasse 1 bis 10 und sogar bis Klasse 12/13 fest verankert. Die Gemeinschaftsschule soll zu mehr Chancengleichheit und -gerechtigkeit, unabhängig von den Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen, führen.

Die Fähigkeiten und Fertigkeiten sowohl von Schülerinnen und Schülern mit Lernschwierigkeiten als auch leistungsstarker Schülerinnen und Schüler sollen durch **individuelle Förderung** besser entwickelt und gefördert werden: Durch selbstständiges Lernen und die Unterstützung individueller Lernwege soll eine maximale Leistungsentwicklung ermöglicht werden. Die Gemeinschaftsschule verzichtet auf die äußere Fachleistungsdifferenzierung als Organisationsprinzip. Durch die enge Zusammenarbeit der Lehrkräfte, schulischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Schülerinnen und Schüler, Eltern und außerschulischen Partner entwickelt sich die Gemeinschaftsschule zum demokratischen Lern- und Lebensraum.

Die Berliner SPD hat sich bereits in den Koalitionsvereinbarungen im Jahre 2006 dafür stark gemacht, dass die Gemeinschaftsschule eingeführt und sich in Form einer Pilotphase unter wissenschaftlicher Beobachtung der Universität Hamburg beweisen konnte. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitstudie aus Hamburg belegen den Erfolg der Gemeinschaftsschulen. Der Gemeinschaftsschule gelingt es nachweislich, den **Bildungserfolg von Kindern weitestgehend von der sozialen Herkunft des Elternhauses zu entkoppeln**.

Die Erfolgsgeschichte der Berliner Gemeinschaftsschulen, die ihren Ursprung in der Neuköllner Fritz-Karsen-Schule hat, fortzuschreiben, bedeutet, sich auch ihrem Ausbau zu verpflichten. Die Neuköllner SPD setzt sich dafür ein, dass die erfolgreiche Pilotphase der Gemeinschaftsschulen beendet wird. Unser Ziel ist die **Etablierung der Gemeinschaftsschule gleichberechtigt neben Sekundarschule und Gymnasium** und die damit verbundene **qualitative und quantitative Stärkung von Gemeinschaftsschulen** in ganz Berlin. Gemeinschaftsschulen müssen so unterstützt werden, dass die räumlichen, sächlichen und personellen Ressourcen ausreichen, um weiterhin erfolgreich arbeiten zu können.

Wir treten dafür ein, Schulen, die sich durch einen Beschluss ihrer Schulkonferenz als Gemeinschaftsschule etablieren wollen, auf ihrem Weg zu unterstützen.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die wissenschaftliche Begleitung der Gemeinschaftsschule fortgesetzt wird.

Im Bezirk Neukölln nehmen mit der **Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli** (08K08) seit 2008, der **Fritz-Karsen-Schule** (08K06) seit 2008 sowie der **Walter-Gropius-Schule** (08K01) seit 2010 bereits drei Schulen, sehr erfolgreich und gut nachgefragt, an der Pilotphase Gemeinschaftsschulen teil.

Die Walt-Disney-Grundschule (08G10) und die Liebig-Sekundarschule (08K07) haben zum Schuljahr 2015/16 ihren Fusionsprozess zur **Gemeinschaftsschule Campus Efeuweg** abgeschlossen und bilden nun die vierte Neuköllner Gemeinschaftsschule. Damit ist Neukölln führend in Berlin.

Insbesondere die Etablierung der Gemeinschaftsschulen ist mit einer stärkeren **Öffnung von Schule in den Sozialraum** auch außerhalb von Unterrichtszeiten verknüpft. Die SPD Neukölln setzt sich dafür ein, dass die Zusammenarbeit, systematische Vernetzung und Kooperation der Akteurinnen und Akteure innerhalb des Sozialraums zwischen Schule, Eltern, Kita/Hort, ansässigen und aktiven Vereinen, Kinder- und Jugendeinrichtungen u.a. weiter entwickelt und strukturell gestärkt wird. Die Institution Schule soll hierfür als Ort der Vernetzung und Zusammenarbeit dienen. Damit wollen wir bereits auf der „Kiezebene“ vor Ort ein besser funktionierendes soziales Netz fördern und somit präventive als auch reaktive Möglichkeiten für Probleme von Kindern und Familien bieten.

Die Kooperation zwischen Regeleinrichtungen (Kita, Schule etc.) und den zahlreichen demokratiefördernden Angeboten muss verbessert werden.

Außerschulische politische Bildung, die gerade in Kinder- und Jugendverbänden gelebt wird, ist für uns unerlässlich und muss gestärkt werden. Wir wollen, dass Kinder- und Freizeitzentren Orte sind, an denen Partizipation für Kinder und Jugendliche erlebbar gemacht wird. Dazu soll auch das Neuköllner Kinder- und Jugendbüro aktiv in diese Struktur eingebettet werden.

Kulturelle Traditionen und weltanschauliche Vorstellungen stehen auch in der Einwanderungsgesellschaft in einigen Fällen im Konflikt mit dem Bildungs- und Erziehungsprozess sowie dessen Zielen in den Kitas und Schulen. Wir unterstützen deshalb die Finanzierung und Durchführung von Präventionsprogrammen, insbesondere um zu verhindern, dass Jugendliche extreme Auslegungen für sich zum Leitbild machen.

4. GUTE RAHMENBEDINGUNGEN IN SCHULEN SCHAFFEN

Die härtesten Kieze brauchen die besten Schulen. Schülerinnen und Schüler in sozialen Brennpunkten machen seltener den Mittleren Schulabschluss und das Abitur, brechen dafür häufiger die Schule ohne Abschluss ab. Das gilt vor allem für Neukölln: In keinem anderen Berliner Bezirk verlassen so viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss (jeder 7.) und sind so viele Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit. Das hängt oft mit ihrem sozialen Hintergrund zusammen.

Wir wollen, dass alle die gleichen Chancen haben. Wir freuen uns, dass wir uns mit unserer langjährigen Forderung nach einer **stärkeren Unterstützung von Brennpunktschulen** durchsetzen konnten. Das **Bonus-Programm der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus** ist ein deutschlandweit einmaliger Meilenstein, von dem inzwischen 250 Schulen in Berlin und 45 Schulen in Neukölln profitieren. Dieses **Brennpunktschulen-Programm muss bedarfsgerecht ausgebaut und auf Berufsschulen ausgeweitet** werden.

Es gibt Schulen, um die Eltern seit Jahren einen Bogen machen. Diese unattraktiven Schulen müssen noch stärker unterstützt werden. Auch durch das School-Turnaround-Programm des Berliner Senats und der Robert-Bosch-Stiftung bekommen solche Schulen jetzt professionelle Unterstützung. Wir dürfen Restschulen nicht beim langsamen Sterben zusehen und fordern eine **Ausweitung** des Programms.

Auch die Einrichtung eines **Wachschutzes an Schulen**, die dies wünschen und für notwendig erachten, um Störungen des Schulbetriebes von außen zu verhindern, hat sich als richtig und wirkungsvoll erwiesen. Die SPD Neukölln steht dafür ein, den Wachschutz an Schulen fortzuführen, um Übergriffe zu verhindern und einen geregelten Lernbetrieb zu sichern. Seit Einfüh-

rung des Wachstums gab es an diesen Schulen keine Übergriffe von außen mehr. Dieser Erfolg der Sicherheit zählt und gehört auch zu den Rahmenbedingungen für gutes Lernen.

Wir setzen uns dafür ein, dass **lokale Bildungsverbände vom Land stärker finanziell unterstützt und feste Einrichtungen in der Neuköllner Bildungslandschaft** werden. Sie vernetzen Bildungseinrichtungen im Kiez und helfen die Chancen der Kinder und Jugendlichen zu verbessern.

Die Neuköllner SPD fordert die **Einrichtung weiterer Familienzentren in sozialen Brennpunkten**.

Die SPD Neukölln will die **Inklusive Schule** für Berlin und den Bezirk Neukölln weiterentwickeln. Ebenso wie ungleichen Chancen aufgrund unterschiedlicher sozialer, kultureller oder ethnischer Hintergründe muss auch ungleichen Chancen aufgrund von Behinderungen durch ein gemeinsames Lernen von Anfang an begegnet werden.

Nach jahrelanger konzeptioneller Arbeit in der Senatsverwaltung gilt es nun, die vorliegenden Konzepte für ein inklusives Bildungssystem konsequent und kontinuierlich umzusetzen. Der Senat steht dabei in der Verantwortung, die Bezirke mit dieser großen Aufgabe nicht allein zu lassen. Inklusion ist nicht kostenneutral realisierbar. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Berlin dauerhaft mehr Geld für die Inklusion investiert. Ohne deutlich mehr Personal und Mittel für bauliche Maßnahmen wird die Inklusion nicht gelingen.

Wir begrüßen, dass es der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus gelungen ist, die Integration von Kindern mit Förderbedarf finanziell abzusichern. Durch diese bedarfsorientierte Finanzierung wurde eine wichtige Voraussetzung für die schrittweise Umsetzung der Inklusion geschaffen. Diese Personalmittel müssen bei den Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarf ankommen und dürfen nicht für Vertretungstunden des allgemeinen Unterrichts eingesetzt werden. Um eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung zu gewährleisten, setzen wir uns für eine regelmäßige Überprüfung der zugrunde gelegten Förderquoten ein.

Für die Neuköllner SPD ist klar, dass der Reformprozess zur Inklusion im Bildungssystem am Anfang steht. Daher setzen wir uns für die Wahlfreiheit der Eltern zwischen inklusiver Schule oder sonderpädagogischem Förderzentrum ein.

Wir unterstützen den Senat darin, mit der Einrichtung von 36 inklusiven Schwerpunktschulen bis zum Jahr 2022 gemeinsam mit den Bezirken den nächsten Schritt zu gehen.

Wir sind stolz darauf, dass 2013 **das erste Beratungs- und Unterstützungszentrum (BUZ) Berlins bei uns im Bezirk** eröffnet hat und unterstützen die aktuelle Erweiterung zum Schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungszentrum (SIBUZ). Die erfolgreiche mul-

tiprofessionelle Arbeit des BUZ in den letzten Jahren hat zugleich gezeigt, wie wichtig es ist, dass auch künftig direkt in den Schulen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aus dem Kreise des Lehrerkollegiums für Inklusion vorhanden sind.

Wir fordern ein umfangreiches **Präventionsprogramm gegen Gewalt an Schulen**. Schwere körperliche Gewalt hat in den letzten Jahren leider zugenommen und die Gewaltvorfälle des Gefährdungsgrades I stagnieren. Wir müssen verhindern, dass Mobbing, Beleidigungen und Abzocke den Schulalltag prägen. Wir begrüßen, dass es der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus gelungen ist, die **Sozialarbeit an Berliner Schulen** zu sichern.

In Neukölln profitieren davon 44 Schulen. Wir fordern die Verstetigung und den Ausbau der Schulsozialarbeit und ein größeres Engagement des Landes bei der **Förderung von Schulstationen**. Zudem muss das soziale Lernen erweitert und Prävention, Aufklärung, Anti-Gewalt- und Anti-Mobbing-Trainings in den Schulen intensiviert werden. **Die SPD Neukölln bekennt sich dazu, den offenen Umgang mit der Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe in allen Bildungseinrichtungen zu fördern. Anti-Diskriminierungsarbeit ist dabei ein wichtiger Faktor. Die Bekämpfung von Homo- und Transphobie und damit die Förderung der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im gesamten Bildungssystem ist unser Ziel.** Hierzu ist die bundesweit einzigartige „Initiative sexuelle Vielfalt“ (ISV) konsequent umzusetzen.

Zugewanderte Kinder ohne Deutschkenntnisse aus Flüchtlings- oder Roma-Familien haben ein Recht auf Bildung. Wir fordern **bedarfsgerechte Willkommensklassen, Ferienschulen, sonstige Sprachförderangebote und ausreichend Sprach- und Kulturmittler**.

Die Quote an Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Abschluss ist im letzten Jahr berlinweit gestiegen. Fast jede/r zehnte Schüler/in in Berlin erlangt keinen Hauptschulabschluss. In Neukölln ist die Schulabbrecher/innen-Quote ebenfalls gestiegen – von 11% (2012/13) auf 13,5 % (2013/14). Vor allem unter Schüler/innen mit nichtdeutscher Herkunftssprache sind die Abbruchquoten alarmierend. Die hohen Abbrecherquoten und Gesamtentwicklung sind für uns besorgniserregend.

Der Schulabschluss bedarf auch einer Anschlussorientierung. Wir unterstützen deshalb das Ziel, dass jeder Jugendliche die Schule mit einer dokumentierten Anschlussperspektive verlässt und wollen die Quote der Vermittlung in Ausbildung erhöhen. Wir werden im Bezirk in der **Jugendberufsagentur** besondere Aufmerksamkeit auf die Zusammenarbeit der Jugendberufsagentur mit den Schulen richten.

Unser Ziel ist es, die **Schulabbrecher/innen-Quote in Berlin und insbesondere in Neukölln massiv und dauerhaft zu senken**. Wir werden uns auch weiterhin auf der Landesebene für dieses Ziel stark machen und mehr Engagement, höhere finanzielle Mittel sowie nachhaltige und wirkungsvolle Konzepte zur Senkung der Schulabbrecher/innen-Quote von den verantwortlichen, politischen Akteurinnen und Akteuren einfordern.

Eine **gute öffentliche Bildungsinfrastruktur** ist zentraler Bestandteil erfolgreicher Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik. Gerade unter den schwierigen Rahmenbedingungen der vergangenen Jahre hat die Neuköllner SPD hier viel für den Bezirk erreicht.

Die harte aber notwendige Haushaltskonsolidierung hat auch in den Schulen Spuren hinterlassen. Obwohl seit 2009 insgesamt 1,2 Milliarden Euro in die Sanierung der Schulen investiert wurden, umfasst der Sanierungsstau in den Berliner Schulen 1,4 Milliarden Euro und in Neuköllner Schulen 140 Millionen Euro.

So lange der Putz von den Decken bröckelt, sind wir von der Bildungsrepublik weit entfernt. Berlin muss wieder **mehr in die Schulgebäude investieren**.

Die **Verdoppelung des Schulanlagensanierungsprogramms** und das **Schultoilettensanierungsprogramm** des Regierenden Bürgermeisters sind wichtige Signale. Auch Neukölln wird seiner Mitverantwortung gerechnet: Über 80 % der bezirklichen Investitionen pro Jahr werden im Schul- und Bildungsbereich ausgegeben und durch Fördermittel aus dem Programm Soziale Stadt und anderen Landes-, Bundes- und EU-Programmen aufgestockt.

Neben der baulichen Unterhaltung der Bestandsgebäude bringt der Bezirk aus den Investitionsmitteln des Landes Berlin und dem Sondervermögen Infrastruktur wachsende Stadt vier **große Schulbauvorhaben** voran: die Schulerweiterungsbauten auf dem Campus Rütli, den Bestandsumbau und die Erweiterung auf dem Campus Efeuweg, den Neubau des Leonardo- da- Vinci Gymnasiums und der Clay-Schule als integrierte Sekundarschule.

Um ein inklusives Bildungssystem zu schaffen, braucht es barrierefreie Gebäude. Die hierfür notwendigen baulichen Maßnahmen übersteigen die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen. Die SPD Neukölln fordert darum ein Sonderprogramm des Bundes zur Herstellung von baulicher Barrierefreiheit in Bildungseinrichtungen.

Bildung für alle Menschen ist auch im Sport ein entscheidendes Zukunftsthema. Denn Bildung braucht Bewegung und Sport – gerade bei Kindern und Jugendlichen. Deshalb hat es sich die

Neuköllner SPD zum Ziel gesetzt, notwendige Rahmenbedingungen zu schaffen um **verlässliche Sportangebote sowohl auf institutioneller Ebene als auch im Rahmen des organisierten Vereinssports** zu unterstützen.

Sportvereine in Neukölln sind mit ihrem umfassenden Angebot einer der größten Träger non-formaler Bildungsangebote. Soziales Verhalten, wie beispielsweise Respekt und Toleranz sowie persönlichkeitsbildende Merkmale wie Selbstbewusstsein und Verantwortungsbewusstsein sind Teil der Sportkultur und werden Kindern und Jugendlichen im Training und Wettkampf vorgelebt und vermittelt. Wie alle Vereinsarbeit bietet gemeinsamer Sport gute Voraussetzungen, um Inklusion zu leben. So können Barrieren, die sich auf soziale, kulturelle, ethnische oder gesundheitliche Unterschieden zurückführen lassen bzw. auf Geschlecht, Behinderung oder sexuelle Identität beruhen, im Sport thematisiert und beseitigt werden.

Mit dem **Neubau der Dreifeldsporthalle an der Hertabrücke** werden dringend benötigte zusätzliche Sportkapazitäten in Nord-Neukölln geschaffen.

Ziel der Neuköllner SPD ist es auch, die **Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen zu verbessern**.

Mehr als 40 Prozent der Neuköllner Schülerinnen und Schüler können am Ende der 3. Klasse nicht schwimmen. Die Hauptursache für diese hohe Nichtschwimmerquote liegt in der zu späten Wassergewöhnung der Kinder durch Eltern und Schule. Aus diesem Grund initiierte das Bezirksamt Neukölln zum Ende des Schuljahres 2014/15 das Pilot-Projekt **„Neuköllner Schwimmbär“** mit dem etwa 500 Schülerinnen und Schüler der 2. Klasse in einer ersten Startphase erreicht wurden und erste Wasser- und Schwimmerfahrungen machen konnten. Wir begrüßen das Pilotprojekt und unterstützen eine **Ausweitung und eine dauerhafte Etablierung** für sämtliche Neuköllner Grundschulen.

Zur strukturellen Veränderung für eine frühere Wassergewöhnung ist in unseren Augen aber auch eine Reform des Curriculums für Grundschulen notwendig. Bisher gibt der Rahmenlehrplan den Grundschulen die zeitliche Vorgabe, dass „spätestens bis zum Ende der Jahrgangsstufe 4“ Schwimmen im Sportunterricht gelehrt werden soll. Wir setzen uns auf der Landesebene dafür ein, dass das **Themenfeld „Bewegen im Wasser – Schwimmen“ bereits ab der 1. Klasse für alle Grundschulen verpflichtend** im Rahmenlehrplan verankert wird.

Die SPD Neukölln steht für Investitionen in das **lebenslange Lernen**. Deshalb investieren wir in eine **starke Volkshochschule, ein umfangreiches Musikschulangebot und gut ausgestattete Bibliotheken**. Dabei machen wir uns für ein barrierefreies und inklusives Angebot stark.

5. DIE BESTEN LEHRERINNEN UND LEHRER AN DIE SCHWIERIGSTEN SCHULEN

Wir wollen **die qualifiziertesten und kompetentesten Lehrerinnen und Lehrer für unsere Schulen**. Vor allem für einen so heterogen zusammengesetzten Bezirk wie Neukölln ist es von besonderer Bedeutung, dass die Lehrkräfte professionell befähigt werden, ihr Fachwissen sowie ihre pädagogischen und didaktischen Kompetenzen voll auszuschöpfen und weiterzuentwickeln.

Vor diesem Hintergrund sehen wir es **kritisch, dass derzeit verstärkt für die Oberschule ausgebildete Lehrkräfte in Grundschulen angestellt werden müssen**, um den Personalmangel an Grundschulen abzufedern. In unseren Augen sind ausgebildete Studienrätinnen und -räte nicht in ausreichendem Maße für die didaktischen und pädagogischen Besonderheiten der Grundschule geschult worden. Dieses Vorgehen entwertet die Profession der Grundschullehrerinnen und -lehrer und mindert die Qualität des Unterrichts an Grundschulen. Darüber hinaus fördert es Ungerechtigkeit und Spannungen im Kollegium, da die an Grundschulen angestellten Studienrätinnen und -räte ein volles Oberschulgehalt beziehen und damit wesentlich mehr verdienen als voll ausgebildete Grundschullehrerinnen und -lehrer.

Die Anforderungen an die Lehrkräfte der Grundschule wachsen ohnehin stetig. Ein Einkommensunterschied von bis zu 500 Euro gegenüber Lehrkräften an Oberschulen ist nicht mehr erklärbar und wird unserem Anspruch an gute Bildung für alle Berliner und Neuköllner Kinder nicht gerecht. Wir setzen uns dafür ein, dass **landesweit Grundschullehrkräfte bei der Bezahlung mit Lehrkräften aller anderen Schularten gleichgestellt werden**.

Die Einstellung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern eröffnet für viele Menschen, die Möglichkeit, sich beruflich weiterzuentwickeln und für das Land Berlin, die drohenden Lücken im Lehrbetrieb zu schließen.

Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, dass das **Quereinsteiger-Programm eine Übergangslösung** darstellt und das Land nicht davon entbindet, mehr regulär ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Um eine hohe Qualität des Unterrichts zu garantieren, sprechen wir uns für eine **Verbesserung der Ausbildung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern** aus, die mehr Zeit in der Fortbildung, mehr individuelle Förderung, eine bessere Betreuung und eine größere Entlastung an Unterrichtsstunden beinhaltet.

Die Neuköllner SPD fordert die **Einführung einer finanziellen Brennpunkt-Zulage, um jungen Lehrkräften einen Anreiz zu geben**, sich gezielt in und für Schulen in sozialen Brennpunkten einzusetzen.

Schulleiterinnen und Schulleiter tragen eine große Verantwortung für die erfolgreiche Entwicklung und Qualität ihrer Schule, sie haben das Ruder in der Hand. Die SPD Neukölln fordert eine **frühzeitigere und intensivere Ausbildung von Leiterinnen und Leitern sowie Lehrkräften, die eine Schulleitung übernehmen wollen**. Die **neue Schulleiterakademie** ist hierfür ein willkommener erster Schritt. Wir wollen, dass die Autonomie der Schulleiterinnen und Schulleiter gestärkt und sie durch Verwaltungskräfte entlastet werden. Wir begrüßen, dass der Senat die **Leiterinnen und Leiter von Grundschulen besser bezahlen** wird, auch um damit dem gravierenden Mangel an Grundschulleiterinnen und -leitern zu begegnen. Wir fordern in einem weiteren Schritt auch die **Höhergruppierung von Oberschulleitungen und Konrektoren**.

Die multikulturelle und heterogene Zusammensetzung der Neuköllner Bevölkerung stellt insbesondere die Schulen und Lehrkräfte vor eine besondere Herausforderung. Für ein dauerhaft friedliches, verständnisvolles, tolerantes Zusammenleben aller Neuköllnerinnen und Neuköllner ist es unabdingbar die **interkulturelle Kompetenz der Lehrkräfte sowie die der Schülerinnen und Schülern zu fördern**. Darüber hinaus steigt der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern in heterogen und multikulturell zusammengesetzten Klassen, wenn die Lehrkräfte über ausgeprägte interkulturelle Kompetenzen verfügen. Aus Sicht der SPD Neukölln werden entsprechende Kompetenzen weder im Lehramtsstudium noch in der Lehrkräfteausbildung ausreichend vermittelt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die **Interkulturelle Kompetenz verpflichtend in Lehramtsstudium, Referendariat und durch Lehrerfortbildungen** gelehrt und erlernt wird.

Daneben ist die Vorbildfunktion von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die selbst einen Migrationshintergrund haben, ein entscheidender Faktor für die Identifikation von Kindern und Jugendlichen. Sie sind **positive Rollenvorbilder** und haben es in ihrer Bildungsbiografie geschafft, einen angesehenen Beruf auszuüben. Es muss daher gezielt gefördert werden, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund, diese Berufe ergreifen und während Ausbildung und Studium unterstützt werden.